

MEINUNG

www.espace.ch

Zeitung im Espace Mittelland

Samstag, 5. November 2005

2

EMMA LÄSTIG



Aktien oder Zwerghühner

Haben Sie auch Tamiflu gepostet? Oder haben Sie keins bekommen, weil Ihr Hausarzt nicht gleichzeitig ein Freund der Familie ist? Sehen Sie, jetzt wären Sie froh, Sie hätten ihm letzte Weihnachten ein Schinkli und auch sonst ein bisschen den Schmus gebracht. Ja nu, jetzt investieren Sie halt in Roche-Aktien, dann kann die Pharmaindustrie genügend Medikamente gegen die Vogelgrippe brauen und auch Ihnen einen Zaubertrank mixen. Oder Sie kaufen Federvieh. Zum Glück hat meine Nachbarin Zwerghühner! Während sie in den Ferien war, bin ich beim ersten Gügelschrei in den Hühnerhof gespurtet und habe Körner gestreut – und jetzt bin ich natürlich total berechtigt, die Super-GAU-Beruhigungspille zu beziehen. Aber will ich dieses Medikament überhaupt? Ich weiss ja nicht einmal, was ich an Informationen schlucken soll! Und die Bilder in der «Tagesschau» machen mich auch nur krank: Hurrikan, Sintflut, Erdbeben, Terror, immer wieder Krieg und Hungertragödien. Und jetzt kreist also auch noch der Pleitegeier über der Gesundheit unserer Wohlstandsgesellschaft. Mir ist ganz sturm. Es bleibt nichts anderes, als den Fachleuten zu vertrauen. Aber die sind sich ja auch nicht einig. So bin ich, während sie rotieren, einfach nur hellwach – bis spät in die Nacht. Denn eins ist sicher: Mit den Hühnern ins Bett dürfen wir definitiv nicht mehr!

Emma Lästig wettet hier jede Woche darüber, was sie in ihrem Alltag so alles ärgert.

KARIKATUR DER WOCHE



Bushs neue Achse: Iran, Korea, die Hühnergrippe.

Karikatur Stephff



STANDPUNKT

DORIS AEBI

ist Mitinhaberin der aebi+kuehni ag in Zürich, die auf die Suche nach Führungs- und Fachkräften spezialisiert ist

Ein Wertewandel ist nötig

DER GEWERKSCHAFTSBUND HAT diese Woche eine Studie präsentiert, die aufgezeigt, dass zwischen den Löhnen von Männern und Frauen immer noch eine grosse Lücke klafft. Dies, obwohl der Gesetzesartikel zur Gleichbehandlung von Mann und Frau in der Arbeitswelt seit langem besteht. Da stellt sich die Frage, wo die Hebel angesetzt werden können, um den Missstand zu beheben.

DIE FINANZIELLE EINSTUFUNG einer Stelle hängt von gesellschaftlich und firmenintern akzeptierten Parametern ab. Dazu gehören die erforderliche Ausbildung und Erfahrung, die hierarchische Stellung oder der Einfluss der Position auf den Erfolg der Firma. Die Bewertung dieser Aspekte beinhaltet viele gesellschaftliche Usancen und einen grossen Ermessensspielraum. Bei der individuellen Lohnfestsetzung kommt als weiterer wichtiger Faktor das einer Person attestierte Entwicklungspotenzial im Betrieb dazu. Wird dieses als hoch eingeschätzt, liegt es im Interesse der Firma, diese Mitarbeitenden durch Förderung und eine attraktive Entlohnung bei der Stange zu halten. Dies kann zu Lohnunterschieden bei gleichen Positionen führen. Beachtlich ist nun die Tatsache, dass

Frauen in gleichen Positionen tendenziell ein tieferes Salär haben und in den finanziell weniger attraktiven Positionen tätig sind – obwohl die ins Berufsleben eintretenden Frauen bezüglich Ausbildung und Kenntnissen heute in keiner Weise den Männern nachstehen, gleich engagiert sind und finanziell eigenständig sein wollen.

DER WESENTLICHE UNTERSCHIED liegt in der vorherrschenden Erwartungshaltung, wonach Männer eine kontinuierliche Berufslaufbahn vor sich haben, während Frauen in absehbarer Zeit zumindest teilweise aus dem Erwerbsleben aussteigen könnten, um sich der Familienarbeit zu widmen. Gestützt darauf werden Männer bei vorhandenem Potenzial automatisch gefördert und gepflegt, während Frauen dazu sehr früh und klar signalisieren müssen, dass sie konsequent und langfristig den Weg der Berufslaufbahn gehen wollen.

Dass Frauen in die traditionelle Männerrolle schlüpfen oder auf die Mutterschaft verzichten, kann wohl nicht die Lösung sein. Es ist auch im Interesse der Unternehmen, dass die Rahmenbedingungen zur Kombination von Berufs- und Familienleben möglichst

schnell und nachhaltig verbessert werden. Tagesschulen und qualitativ hoch stehende, ausserfamiliäre Kinderbetreuung sind weiter auszubauen und sämtliche Möglichkeiten zur Flexibilisierung bezüglich Arbeitszeit und -ort auszuschöpfen. Damit können Mann und Frau ihren gesellschaftlichen und familiären Aufgaben nachkommen, ohne im Berufsleben die erwünschte Kontinuität aufzugeben – dann wäre ein wesentlicher Grund für die Lohnungleichheit beseitigt. Zudem sind durchmischte Teams auf allen Stufen zu fördern. Auf diese Weise kann der geschlechtsspezifische Überhang in den Einkommensklassen eliminiert und die Transparenz erhöht werden.

DENN EINES IST KLAR: Die Lohnungleichgewichte liegen nicht in der Absicht der Unternehmensleitungen begründet, die Frauen schlechter zu behandeln, sondern sind auf historisch gewachsene Wertkonstrukte und Rahmenbedingungen zurückzuführen. Doch diese sind den heutigen technischen Möglichkeiten und den damit einhergehenden gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

wirtschaft@bernerzeitung.ch



QUERSCHNITT

Stadion als Hölle

Randalierende Fussballfans sind nicht nur eine Qual, sie sind eine Gefahr. Sie gehören ausgesperrt, keine Frage. Und Leuchtpetarden oder Fackeln zu entzünden, ist in den Stadien verboten. Daran hat man sich zu halten, auch wenn Feuerwerk rein optisch bestens zur Euphorie eines Fussballspiels passt.

Lange Zeit wurde in der Schweiz der Terror der Hooligans zu wenig ernst genommen. Nicht zuletzt unter dem Druck, den die Schweiz als Mitorganisatorin der Fussball-Euro 2008 von aussen zu spüren bekommt, hat sich die Situation geändert. Das Problem Hooligan ist nicht nur erkannt, es wird aktiv bekämpft. Leider auch mit Überreaktionen, wie die heftige Auseinandersetzung zwischen YB-Fans und GC-Sicherheitskräften am letzten Wochenende gezeigt hat.

Solche Fälle schüren den Eindruck, Fussballstadien seien der Vorhof zur Hölle. Aber es ist ja nicht so, dass die Stadien von herumpöbelnden und herumfackelnden Horden terrorisiert werden. Es sind wirklich meistens nur ein paar wenige, die es nicht lassen können. Sie gilt es zu isolieren. Nicht, indem man Panik verbreitet und die Stadien zur Gefahrenzone für Familien erklärt – in einem Stadion lauert gewöhnlich nicht mehr Gefahr als auf der Strasse. Sondern indem man erst recht hingeht zu den Spielen. Fussball ist bekanntlich die schönste Nebensache der Welt. Lassen wir ihn nicht zur Hauptsache von ein paar pubertierenden Idioten verkommen. **Bernhard Giger** stv. Chefredaktor



KOLUMNE

IWAN RICKENBACHER

ist Kommunikationsberater in Schwyz

Über die Kunst, Themen zu setzen

AGENDA BUILDING, Themenlancierung, bezeichnet die Fähigkeit politischer Akteure, ein Thema über die Medien zu einem wichtigen Bestandteil der öffentlichen Auseinandersetzung zu machen. Das Gegenteil von Agenda Building ist die Dethematisierung, gewissermassen der «Rückbau» eines Themas durch Schweigen etwa, durch die Lancierung einer weit spannenderen Frage auch oder durch die Nutzung guter Umstände, ein Thema aus der öffentlichen Arena zu nehmen.

Am 25. September hätten Doris Leuthard von der CVP und Ueli Maurer von der FDP beruhigt sein können. Der von beiden Parteien unterstützte bilaterale Weg mit der EU ist mit einem recht deutlichen Mehr der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bestätigt worden. Das leidige Thema Schweiz-EU, das in den beiden Mitteparteien die eigenen Mitglieder ent-

zweit, schien für längere Zeit vom Tapet zu sein. Schien, denn am Abstimmungsabend gelang es Ueli Maurer von der SVP und Hansjürg Fehr von der SP, ein für sie wichtiges Wahlkampfthema zu retten. Der eine forderte flugs die Verstärkung der Beitrittsoption, der andere die definitive Absage aller Beitrittsgedanken.

NUN, EINE ELEFANTENRUNDE am Abstimmungsabend setzt nicht unbedingt ein Wahlkampfthema, zu flüchtig kann der politische Anstoss sein. Das Thema Europa aber blieb seit Ende September gesetzt. Hansjürg Fehr und Ueli Maurer nutzten mit ihren Voten unter anderem den Umstand, dass sich der Bundesrat in Kürze mit dem seit 1992 in Brüssel hängigen Beitrittsgesuch befassen wollte. Und das Thema bleibt nach dem Entscheid des Bundesrates, das Gesuch in Brüssel, «tief-

gefroren» zwar, aber «als Option» aufrechtzuerhalten, gesetzt. Vor Ende der Legislatur, das heisst auf die heisse Phase des Wahlkampfes 2007 hin, will der Bundesrat zudem einen Bericht über die europapolitischen Optionen der Schweiz mit einer Auslegeordnung und Analyse der Vor- und Nachteile vorlegen. Die Auseinandersetzung um die Varianten und ihre Bewertung ist programmiert. Kommt dazu, dass die Freizügigkeitsabkommen mit der EU Anfang 2006 in Kraft gesetzt werden sollen. Wie jede andere Veränderung wichtiger Spielregeln wird auch die Umsetzung der Personenfreizügigkeit nicht ohne Anfangsschwierigkeiten erfolgen, was ein weites Feld für Kritik und Polemik eröffnet. Der Rückzug des Beitrittsgesuchs, das zwölf Jahre wirkungslos blieb und einer anderen EU galt als die, mit der die Schweiz jetzt bilaterale Verträge abge-

schlossen hat, wäre möglicherweise ein Beitrag zur Dethematisierung gewesen und hätte gegen die Wahlkampfinteressen von SP und SVP gewirkt. Dass Bundesrat Blocher die Rückzugsidee vertrat, muss nicht heissen, dass er die Interessen seiner Partei ausblendete. Im Gegenteil, er weiss sehr wohl, dass seine Vorschläge schon fast reflexartige Abwehrreaktionen bewirken können.

DEN WAHLKAMPF 2007 entscheiden einerseits Personen, noch stärker aber die Fähigkeit der Parteien, Themen zu lancieren. Die Europafrage ist von den Siegern 2003 besetzt. Man darf gespannt sein, wie es der FDP und der CVP gelingen wird, die öffentliche Arena mit eigenen und für sie günstigen Themen attraktiv zu dominieren.

ruth.rusterholz@bernerzeitung.ch

O-TON

«Ich bezweifle, dass die Anwendung von Gentechnologie in der Landwirtschaft etwas mit echtem Fortschritt zu tun hat.»

Simonetta Sommaruga, SP-Ständerätin, Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz SKS

«Satire kann politisch sowieso nichts bewirken. Sie unterhält lediglich diejenigen, die bereits derselben Meinung sind, oder provoziert die andern.»

Viktor Giacobbo, Ex-TV-Satiriker («Viktors Spätprogramm»)

«Bush steckt im tiefsten Loch seiner Präsidentschaft.»

Harvard-Professor David Gergen zum Fall Lewis Libby